

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelte seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1078.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5388.

**Inhalt:** Das Weib (Gedicht). — Der Achtstundentag in Gefahr. — Kohlennot und Kohlenverschwendung. — Konferenz für Rechts- und Linksrhein. — Konferenz der Kleiderfabriker, Hemden- und Wäschereien. — Eine Sechsjährige. — Zu den Betriebsrätewahlen. — Aus der Textilindustrie. — Aus Unternehmerkreisen. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen.

### Das Weib.

Sanft und sanft schreitet durch unser Leben  
Das Weib.

Es ist uns oft alles in einer Person:  
Sonne und noch mehr.

Es läßt uns jubeln und jauchzen —  
Auch klagen.

Und überträgt golden mit seiner Seele Schmelz  
Unser Sein.

Es leidet das Weib und trägt durch Jahrtausende  
Schwere Bürde.

Und trotzdem trägt es mit seinen schwächlichen Schultern  
Unseres Last mit.

### Der Achtstundentag in Gefahr.

Zweimal hatten wir diese Ueberschrift in Frageform gestellt, jetzt können wir die positive Form für sie benutzen: der Achtstundentag ist wirklich in Gefahr. Und nicht nur das: auch die Sechsendvierzigstundenswoche ist in Gefahr und damit auch die Freizeit am Sonnabend, die der Sechsstundenarbeit an diesem Tage folgt, der sogenannte freie Sonnabendnachmittag, der es freilich immer nur zu einem Teile war, denn die Arbeitszeit am Sonnabend war nicht um die Hälfte, sondern nur um ein Viertel verkürzt, so daß nur ein halber freier Sonnabend- oder Samstagsnachmittag heraussprang.

In Bezirken, wo die Sechsendvierzigstundenswoche für unsere Industrie eingeführt wurde — in allen war es nicht der Fall — macht man auf Unternehmenseite jetzt große Anstrengungen, zur Achtundvierzigstundenswoche zu kommen. Das ist nur möglich unter Aufgabe des halben freien Sonnabendnachmittags oder unter Beibehaltung desselben und Aufgabe des Achtstundentages. Denn wenn an seinem Tage länger als acht Stunden gearbeitet werden soll, so muß, sollen achtundvierzig Stunden zusammenkommen, am Sonnabend wie an jedem andern Tage acht Stunden lang gearbeitet werden, und der frühere Arbeitschluß am Sonnabend ist hin. Soll dieser aber erhalten bleiben, so muß an den andern Tagen länger als acht Stunden geschäftet werden. Soll es für den Sonnabend bei sechs Stunden bleiben, so muß, soll eine achtundvierzigstündige Arbeitswoche allgemein Platz greifen, entweder an fünf Tagen je 36 Minuten oder an vier Tagen je 45 Minuten länger gearbeitet werden. Soll es aber in jedem Fall bei höchstens acht Stunden bleiben, so kann mit dem Sonnabend keine Ausnahme gemacht werden, muß auch an ihm acht Stunden gearbeitet werden. Wir wollen den Achtstundentag in keinem Fall überschreiten lassen, uns aber auch den früheren Arbeitschluß am Sonnabend erhalten; den letzteren, weil wir eine wenn auch nur teilweise zur Geltung gekommene Errungenschaft aus der Vorkriegszeit nicht preisgeben wollen, den ersteren, weil wir an einer revolutionären Errungenschaft festzuhalten bestrebt sein müssen, für die wir übrigens seit einem Menschenalter schon gekämpft hatten. Was die Freizeit am Sonnabend betrifft, so sind wir sogar darauf stark interessiert, daß sie nicht verkürzt, sondern noch verlängert werde.

Weshalb hatten wir denn den früheren Arbeitschluß am Sonnabend erstrebt? Weil wir in der Textilindustrie ungenügend viele verheiratete Frauen beschäftigt haben, die einem Hauswesen vorstehen, das sie doch wenigstens einmal in der Woche instandsetzen können müssen; damit sie am Sonnabend an notwendigen Arbeiten im Haushalt leisten können, was an den sonstigen Tagen hat aufgeschoben werden müssen; damit sie am Sonnabend ihre Einkäufe für die kommende Woche soweit wie möglich erledigen können. Da der Schluß der Verkaufsstätten auch immer weiter vorgeückt ist, müßte auch der Fabrikschluß — wenigstens am Sonnabend — noch früher erfolgen, als es jetzt schon ziemlich allgemein geschieht. Der verheirateten erwerbstätigen Frau muß am Sonnabend durch längere Freizeit auch die Sonntagseruhe gesichert werden, auf die sie doch ebensoviele Anspruch hat wie der Mann. Sie wird ihr aber mehr oder weniger genommen, wenn der Arbeitschluß am Sonnabend so spät erfolgt, daß sie einen Teil der am Sonnabend unerledigt gebliebenen Verrichtungen am Sonntag erledigen muß. Das ist aber nicht nur ungerecht, sondern auch unsozial und — was das schlimmste ist — unhygienisch; wir brauchen aber gesunde Frauen und Mütter.

Dafür, daß wir an dem Achtstundentage festhalten, macht man uns den Vorwurf der Prinzipienreiterei. So schreibt der Verband münsterländischer Industrieller in der Sache dem „Vocholter Volksblatt“:

„... Die Regierung, die Zentralarbeitsgemeinschaft, jede Zeitung von der roten bis zur blauen, jede Zeitschrift, jeder Volksredner, alle predigen tagaus tagein, daß nur Mehrarbeit uns retten kann, ein jeder kann sich das Exempel an seinen fünf Fingern abzählen, daß nur durch Mehrproduktion dem Sinken Einhalt getan werden kann! Und doch! Wie sieht diese Theorie in der Praxis aus? Dieselben, die an die Bergarbeiter herantreten, daß Ueberdichten gefahren werden sollen, um der Industrie Kohlen zuzuführen, sie lehnen aus Prinzip die Mitwirkung ab, für die Textilindustrie die normale Arbeitszeit wieder einzuführen. Kurz nach der Revolution, als die Mark noch beinahe 80 Pfennig galt, da war die Textilindustrie Deutschlands die erste, die sich in paritätischen Kommissionen zusammenschloß, und diese zentrale Kommission in Berlin empfahl die 46-Stundenwoche in der Erwartung, daß die übrige Industrie auch dieselbe Arbeitszeit einführen würde. Die meisten Textilbetriebe führten auf diese Empfehlung von Berlin aus diese Zeit ein, während andere Bezirke, wie z. B. die linksrheinischen und thüringischen, 48 Stunden beibehielten. Die gesamten übrigen Industriezweige Deutschlands erkannten aber, als die Mark langsam bis auf 4 Pf. fiel, daß unter den 8-Stundentag und die 48-Stundenwoche doch wohl die Arbeitszeit nicht sinken durfte.

Die Arbeitgeber, die Feuerungsanlagen gewährt hatten, die sogar über die in Groß-Berlin gezahlten hinausgingen, wünschten von den Arbeitnehmern nur die Zustimmung, in Berlin den Antrag auf Wiedereinführung der 48-Stundenwoche bei der Arbeitsgemeinschaft zu unterstützen. Wenn das von den Gewerkschaften abgelehnt wurde, wo liegt da die Prinzipienreiterei? Es ist bedauerlich, daß die Theorie immer guten Rat weis, aber die Anwendung in der Praxis auf so wenig Verständnis für das Wirtschaftsleben stößt.

Die Textilindustrie leidet sehr stark unter Kohlenmangel, so daß viele Werke manchmal wochenlang stillstehen. Ist es da nicht eine Forderung dringender wirtschaftlicher Notwendigkeit, wenn in den Wochen, wo man mal ausnahmsweise Kohlen hat, dann auch mit allem Nachdruck gearbeitet wird?

Außerdem gehen wir doch der wärmeren Jahreszeit langsam entgegen, wo der Ausfall der Hausbrandkohle die volle Belieferung der Industrie wieder ermöglicht. Ist es da ungerecht, in Berlin bei der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beantragen, daß die Textilindustrie in ihrer Arbeitszeit wieder der der übrigen Industrie gleichgestellt werde?

Ueber 20 000 Arbeiter des münsterländischen Textilgebietes! Es fallen also im Münsterland über 40 000 Arbeitsstunden pro Woche aus Gründen des Prinzips in der Textilindustrie aus!

40 000 Arbeitsstunden könnten also im Münsterlande allein mehr geleistet werden, wenn wöchentlich zwei Stunden mehr gearbeitet würde. Wenn die Arbeiterzahl richtig ist, stimmt das. Fraglich bleibt aber doch, ob die Leistung sich erhöhen würde. Vor dem Kriege war man fast allgemein davon überzeugt — und diese Ueberzeugung beruhte auf mannigfacher Erfahrung —, daß bei Verringerung der Arbeitszeit um so kurze Zeiträume die Leistung nicht sinkt. Wer bürgt denn dafür, daß sie bei solcher Verlängerung steigt? Wir bezweifeln stark, daß sie steigen würde. Wenn dies aber nicht geschieht, dann kommt für das Unternehmen durch die Verlängerung nur ein Mehrverbrauch an Kohle heraus und für die Arbeiterschaft nur eine Verkürzung der Freizeit. Bei solchem hinsichtlich der Produktion negativem Ergebnis ist aber zu befürchten, daß auf Unternehmenseite eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit gefordert werden könnte. Dafür spricht ja auch schon der von uns in Nr. 8 angeführte Vergleich eines Unternehmers der Seidenstundearbeit des Bergarbeiters mit der Neunstundenarbeit des Textilarbeiters.

Unter solchen Umständen muß es für uns heißen: **Behrt den Anfängen!**

Unser Kollege Krüger in Vocholt schreibt u. a. zu der Sache: ... Wenn für die Textilindustrie die 46-stündige Arbeitswoche eingeführt worden ist, so geschah dieses mit Rücksicht auf die große Zahl der weiblichen Beschäftigten in der Textilindustrie. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat schon jahrelang vor dem Kriege die Einführung der freien Samstagnachmittage angestrebt. Gegenüber dem Hinweis, daß die anderen Industriegruppen die 48-Stundenwoche durchweg haben, ist darauf zu verweisen, daß lange vor dem Kriege in der Textilindustrie an den Samstagen immer 1 bis 2 Stunden eher Arbeitschluß gewesen ist. Wenn man uns wegen unserer ablehnenden Haltung in der Frage der 48-Stundenwoche Prinzipienreiterei vorwirft, so möchte ich darauf erwidern, daß Prinzipienfragen, die für die Arbeiterklasse von grundsätzlicher Bedeutung sind, nicht so auf die leichte Schulter genommen werden können. ...

Und der Bezirksleiter des christlichen Textilarbeiterverbandes A. Gafke schreibt: ... Weshalb haben die Arbeitgeber nicht schon lange vorher einen derartigen Antrag um Einführung der 48-Stundenwoche an die Reichsarbeitsgemeinschaft gestellt? Jedenfalls deshalb nicht, weil sie diese Frage in der Praxis noch nicht für spruchreif hielten und eine

so lange Beschäftigungsdauer noch nicht durchführbar ist, wegen Mangel an Kohle und Rohstoffen. Die Arbeiterschaft hat tatsächlich kein Interesse an einer Verlängerung der Arbeitszeit, die nur in der Theorie besteht und braucht eine Verlängerung so lange nicht aus Prinzip abzulehnen, als die Durchführung in der Praxis unmöglich ist. ... Wenn der Verfasser zum Schluß sagt: „Ueber 20 000 Arbeiter in der münsterländischen Textilindustrie! Es fallen also im Münsterland über 40 000 Arbeitsstunden pro Woche aus Gründen des Prinzips aus“, das beweist wiederum, daß der Verfasser Theorie und Praxis nicht auseinander hält, oder aber, daß es ihm nur darauf ankommt, Behauptungen aufzustellen, um damit die Öffentlichkeit irre zu führen. ...“

### Kohlennot und Kohlenverschwendung.

Einen sehr beachtenswerten Artikel finden wir in der „Neufriischen Tribune“ zu dem obigen Kapitel.

Es wird dort zunächst auf Hamburg verwiesen. Dort werden von den Bäckereien wöchentlich 9000 Zentner Kohlen verbraucht. Würden diese Backwaren in einigen Großbetrieben hergestellt, genügten 3000 Zentner. Das macht in bezug auf die Bäckereien in Hamburg eine wöchentliche Kohlenverschwendung von 6000 Zentner aus. In anderen Industriezweigen geht es aber genau so.

In Greiz ist die Textilindustrie vorherrschend. Wir haben hier 28 Webereien mit insgesamt 8922 Webstühlen. Alle Fabriken sind in Betrieb. 28 Dampfmaschinen laufen und 28 große Web- und Vorbereitungsstühle, Garderoben usw. müssen täglich geheizt und beleuchtet werden. Dabei waren aber am 31. Dezember 1919 (heute ist das Bild nicht viel anders) von den 8922 Stühlen nur 1339 belegt. Das sind 15 Proz. der Gesamtstuhlzahl. Hierzu einige Beispiele. Es liefen am 31. Dezember 1919 Webstühle bei:

Gebroder Albert	60 von 816
Louis Beck	13 von 172
Dietrich u. Siebert	8 von 75
Gentsch u. Bergel	24 von 208
Kniibel u. Wirker	5 von 78
Müller u. Kramer	17 von 216
Gebr. Dehler	67 von 650
J. G. Reinhold	36 von 600
F. R. Reismann	11 von 188
Schilbach u. Co.	87 von 876
Schilbach u. Heine	42 von 460 uff.

Seute sind wohl in einigen Betrieben einige Stühle mehr belegt, aber das Gesamtbild hat sich nicht wesentlich verändert.

Jeder wird zugeben müssen, daß hier eine ungeheure Verschwendung mit Kohlen getrieben wird. Vier bis fünf Großbetriebe würden genügen, um die Greizer Textilindustrie im vollen Umfang aufrechtzuerhalten. Greisen wir nur die Firmen Schilbach u. Co., Gebr. Albert, J. G. Reinhold, Gebr. Dehler und Hermann Dietel heraus, die insgesamt 3514 Webstühle umfassen. Diese fünf Betriebe genügen zur Aufrechterhaltung der Produktion. Da gegenwärtig nur annähernd 1400 Stühle belegt sind, würde, selbst wenn nur diese fünf Betriebe produzierten, in diesen immer noch 1900 Stühle leer stehen.

Die Folge dieser Betriebszusammenlegung würde sein, daß in der Greizer Textilindustrie 23 Dampfmaschinen keine Kohlen mehr ungenützt verbrauchten. Dasselbe trifft aber auch auf andere Industriezweige zu und nicht nur in Greiz, sondern im ganzen Reiche. Ungeheure Mengen von Kohlen werden heute nutzlos verpulvert, und das in einer Zeit, wo die Arbeiter nicht einmal so viel Feuerungsmaterial haben, um ihre Mahlzeiten zu kochen, wo die Betriebe ab und zu ausliegen, weil die Kohlen fehlen. ...

### Konferenz für Rechts- und Linksrhein.

Die Konferenz der Ortsverwaltungen vom Gau Rechts- und Linksrheinland des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde im Volkshause zu Düsseldorf am 14. Februar abgehalten.

Die Sitzung wurde um 10 Uhr 20 Min. eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Steinbrink-Düsseldorf und Bretschneider-Gresfeld, zu Schriftführern die Kollegen Vater-München-Gladbach und Borgmann-Elberfeld bestimmt.

In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Völker, Gaan und Schmidt-Cöln gewählt. Anwesend sind 121 Delegierte vom ganzen Gau, mit Ausnahme von einigen kleinen Filialen.

Auf der Tagesordnung steht: Der Beschluß der letzten Weiratsitzung betreffend Beitragserhöhung. Danach sollen vom 1. April folgende Beiträge innerhalb unserer Organisation gezahlt werden: Bei einem Stundenverdienst von 80 bis 99 Pf. 80 Pf. Beitrag, bei einem Stundenverdienst von 100 Pf. bis 149 Pf. 100 Pf. Beitrag, bei einem Stundenverdienst von 150 Pf. bis 199 Pf. 150 Pf. Beitrag, bei einem

Stundenverdienst von 200 Pf. bis 249 Pf. 200 Pf. Beitrag, bei einem Stundenverdienst von 250 bis 299 Pf. 250 Pf. Beitrag, bei einem Stundenverdienst von 300 Pf. und darüber 300 Pf. Beitrag.

Dafür sollen ab 1. April die Streik- und Gemahregelungen unterstützungen wie folgt erhöht werden.

Table with 5 columns: Beitrag pro Woche nach Wochen pro Tag nach Wochen pro Tag. Rows show amounts for 80, 100, 150, 200, 250, 300 Pf.

Hierüber referierte der Kollege Steinbrink. Ueber die Notwendigkeit der Beitragserhöhung waren sich alle Redner einig mit Ausnahme einiger Kollegen aus Elberfeld, Esfelden, Krefeld und Aachen.

Elberfeld bedauerte, daß die Beitragserhöhung nicht früher zur Sprache gekommen ist. Erst eine Beitragserhöhung (ab 1. Februar innerhalb des Bereichs der Arbeitsgemeinschaft für Rechtsrheinland), 2 Monate später wieder eine Beitragserhöhung — dadurch würden die Kollegen unwillig um.

Die am 14. 2. 1920 in Düsseldorf tagende Konferenz der Filialvorstände der Gaue Links- und Rechtsrheinland anerkennt die unbedingte Notwendigkeit der vom Beirat beschlossenen Beitragserhöhung.

Dieser Abfatz wurde gegen einige Stimmen angenommen. Der zweite Abfatz lautet:

„Nach den ab 1. 4. zu zahlenden Löhnen rechtfertigt sich für das Links- und Rechtsrheinland ein Beitrag von 1,50 Mk. für Jugendliche bis zu 18 Jahren, 2,50 Mk. für Weibliche und 3,50 Mk. für Männliche inklusive des Lokalbeitrags von 50 Pf.“

Dieser Abfatz wurde gegen einige Stimmen angenommen. Abfatz 3:

„Die Konferenzteilnehmer, durchdrungen von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung, verpflichten sich, ihre äußerste Kraft einzusetzen, damit die erhöhten Beiträge ab 1. April 1920 glatt durchgeführt werden.“

Dieser Abfatz wurde einstimmig angenommen.

Dann gelangte noch folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Zu der vom Beirat vorgesehenen Aenderung der Unterstützungsätze (außer der Streik- und Gemahregelungenunterstützung) vertritt die Konferenz die Auffassung, daß sie unter keinen Umständen erhöht werden dürfen.“

Zum Schluß wurde noch angeregt, das Agitationskomitee der freien Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen zu veranlassen, sobald wie möglich eine Konferenz der staatlichen Schlichtungsausschüsse (Arbeitnehmer) von Rheinland und Westfalen einzuberufen.

Konferenz der Kleiderfärbereien, chemischen und Weißwäschereien.

Am 15. und 16. Februar fand für die genannten Berufe in Berlin im „Gewerkschaftshaus“ eine Konferenz statt, der nachstehende Tagesordnung zugrunde lag: 1. a) Die derzeitigen Arbeitsverhältnisse im Berufe. Referent: Kollege Schrader. b) Die bevorstehende Tarifbewegung. Referent: Feinhals. 2. Organisationsfragen. Referent: Ködel. — Die Konferenz wurde von den Kollegen Feinhals-Berlin und Gärting-Leipzig geleitet.

Feinhals-Berlin: Es ist vielfach die Meinung vertreten worden, einen Reichstarif anzustreben. Das ist unter den heutigen Verhältnissen nicht zu empfehlen.

Interesse der noch zurückstehenden ebenfalls mit ihren Forderungen zurückhalten müssen. Da ist vorläufig der gegenwärtige Stand der Dinge doch vorzuziehen. Auf langfristige Verträge können wir uns jetzt nicht einlassen.

Vielfache Wünsche, die uns wegen Kohlen- oder Strommangels unterbreitet werden und die darauf abzielen, die Arbeit an einzelnen Tagen zu verlängern, können nur unter Würdigung der lokalen Umstände von Fall zu Fall ihre Regelung finden.

Die Diskussion über beide Referate wird verbunden und ist eine sehr lebhaft, die mannigfachen Aenderungsvorschläge bringt. Im Anschluß hieran wird eine Kommission aus 6 Mitgliedern gewählt, die unter Präsidentschaft des Berliner Vorschlags und unter Berücksichtigung der in der Diskussion gemachten Vorschläge einheitliche Richtlinien für die nächsten Tarifforderungen aufstellen soll.

Rödel-Berlin (zur Organisationsfrage): Wir wollen hier nicht darüber reden, wie wir die Agitation unter den Färbereitreiben, sondern es sind zwei andere Fragen, die für uns lebhafte Interesse haben, und zwar: 1. Welche Organisation ist für die Färbereien und Wäschereien zuständig und 2. Soll für die Färbereien und Wäschereien in unserem Verbands eine besondere Sektion gebildet werden?

Die Diskussion über beide Referate wird verbunden und ist eine sehr lebhaft, die mannigfachen Aenderungsvorschläge bringt. Im Anschluß hieran wird eine Kommission aus 6 Mitgliedern gewählt, die unter Präsidentschaft des Berliner Vorschlags und unter Berücksichtigung der in der Diskussion gemachten Vorschläge einheitliche Richtlinien für die nächsten Tarifforderungen aufstellen soll.

Chemischen Wäscher, gemessen an unseren anderen Branchen, so klein, daß sich das nicht rechtfertigt. Der Vorstand ist in seiner Gesamtheit auch der Auffassung, daß das nicht geschehen kann.

Der ziemlich lebhaften Diskussion, die den Referaten folgte, schloß sich die Annahme der folgenden Resolution an: Die am 15. und 16. Februar 1920 tagende Konferenz der in den Kleiderfärbereien, chemischen Wäschereien und Weißwäschereien einschließlich der Wäschebügelgeschäfte beschäftigten Arbeiterchaft erklärt, daß für alle Arbeiter dieser Branche der Deutsche Textilarbeiterverband die zuständige Organisation ist.

Das vorstehende ist ein knapper Auszug aus den zweitägigen Verhandlungen. Das ausführliche Protokoll, das in den nächsten Wochen erscheinen wird, ist zum Preise von 1 Mk. von der Hauptverwaltung zu beziehen.

Eine Sechzigjährige.

Diesmal ist es eine Kollegin: Martha Hoppe, im Zentralbureau unseres Verbandes, der wir zum 60. Geburtstag (25. Februar) Glück wünschen können.

Zu den Betriebsrätewahlen.

Muster für eine Vorschlagsliste.

Als Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder für den Betrieb von . . . in . . . seitens der Arbeiter werden vorgeschlagen:

Table with 4 columns: Nr., Familienname, Vor(Nach-)name, Beruf, Wohnort, Straße und Hausnummer.

Betriebsräte müssen gewählt werden in allen Betrieben, die in der Regel 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Die Zahl der zu wählenden Betriebsräte beträgt in Betrieben:

Table with 2 columns: Anzahl Arbeitnehmer, Anzahl Betriebsräte.

Zahl für je 500 um einen, mit über 6000 Arbeitnehmern für je 1000 um einen. Die Höchstzahl beträgt 30.

In Betrieben mit weniger als 20, aber mindestens fünf Arbeitnehmern wird nur ein Betriebsobmann gewählt. In diesen Betrieben bestellt der Arbeitgeber aus den drei ältesten Arbeitnehmern einen Wahlvorstand, der seinen Vorsitzenden selbst wählt.

Aus der Textilindustrie.

Lehrerzulagen in der Textilindustrie Groß-Berlins. Nach mehrmaligem Verhandeln vor der Nordostdeutschen Textilarbeitsgemeinschaft machten die Arbeitgeber am 14. Februar folgendes Zugeständnis: Zu den bestehenden Tariflöhnen sollen für Januar 1920 gezahlt werden an männliche Arbeiter über 20 Jahre pro Stunde 65 Pf., weibliche über 20 Jahre 50 Pf. und Jugendliche bis zu 20 Jahren, männliche und weibliche, 35 Pf.; für Februar Männliche 80 Pf., Weibliche 65 Pf., Jugendliche 50 Pf.; für März Männliche 1,10 Mk., Weibliche 95 Pf., Jugendliche 80 Pf., aber nur für jede geleistete Arbeitsstunde.

Hamburg. Die Sperre über die Firma Hamburger Tauwerkfabrik Stopischinski u. Wienke, Fabrik: Weg nach der blauen Brücke, Kontor: Brauerstr. 13/14, ist aufgehoben, nachdem die bestehenden Differenzen zugunsten der Arbeiterschaft beigelegt worden sind.

Ortsverwaltung Hamburg und Umgegend.

Aus Unternehmerkreisen.

Konzentration in der Streikentschädigungsorganisation der Arbeitgeber.

Die Entschädigungsgesellschaft Süddeutscher Arbeitgeber in München hat sich kürzlich aufgelöst, um ihre Mitglieder dem Deutschen Industrieclubverband, Sitz Dresden (Geschäftsführer Kurt Grüniger), zuzuführen.

Dieser Zusammenschluß der Streikentschädigungsorganisationen der Arbeitgeber zeugt davon, daß die Arbeitgeber

ganz besonders zum Kampf rüsten. Demgegenüber kann es für die Arbeiterschaft nur ein Geben: Ausbau der Organisation, die in der Bereitstellung von Kampfmitteln beruht. Unsere Mitglieder können aus dieser Tatsache erkennen, wie notwendig der Beschluß des Beirats, die Beiträge zu erhöhen, gewesen ist. Mögen unsere Mitglieder diese bedeutsamen Zeichen der Zeit, die auf den wirtschaftlichen Kampf eingestellt sind, nicht unterschätzen.

## Soziale Rundschau.

### Die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie.

2 Erwachsene und 3 Kinder im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren.)

Als Beilage 4 ist dem Lohnstarif für die städtischen Arbeiter in Augsburg von der Tarifkommission eine Zusammenstellung der Ausgaben einer 5köpfigen Arbeiterfamilie dafelbst beigelegt, die ein Bild gibt von der Steigerung der Lebenshaltung. Zugrunde gelegt sind der Zusammenstellung die Preise vom 1. Januar 1914 und 1920. (Die Ziffern in Klammern gelten für das Jahr 1914): Die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel betragen heute monatlich 371,72 Mk. (116 Mk.); Miete (21) 35 Mk.; Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung, Reinigung der Wohnung, Putz- und Waschmittel (2,50) 17,50 Mk.; Heizung, Beleuchtung (13) 73 Mk.; Garten, Pflanzen, Grabpflege (3) 6 Mk.; Kleider, Wäsche, Anfertigung, Instandhaltung (18) 180 Mk.; Gesundheits- und Körperpflege (75 Pf.) 3,50 Mk.; Schule, Unterricht, Lernmittel (50 Pf.) 1,50 Mk.; Zeitungen, Bücher (80 Pf.) 2,50 Mk.; Konzerte, Theater (1) 3 Mk.; Reisen (1) 6 Mk.; Steuern und Abgaben (1,50) 33,50 Mk.; Versicherungen (5) 10 Mk.; berufliche und gesellschaftliche Vereine, Parteibeiträge (3) 5,60 Mk.; Monatsbedarf (187,05) 748,82 Mk.

### Die Verordnung über die Einstellung und Entlassung

von Arbeitern und Angestellten während der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 3. September 1919 hat durch eine Verordnung vom 12. Februar d. J. einige Änderungen erfahren. Danach können Entlassungen vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) zugemutet werden kann. Unbeschadet dieser Vorschriften (§ 12 d. V. v. 3. September 1919) können die Wiedereinstellung fröhlich nach Ablauf von drei Monaten nach der Wiedereinstellung und in diesem Fall nur am Ende eines Kalendermonats entlassen werden. — Eine Pflicht zur Wiedereinstellung besteht nicht, soweit ihre Durchführung infolge der besonderen Verhältnisse des Betriebes, wie Wirtschaftlichkeit, Beschäftigungsmöglichkeit, ganz oder zum Teil unmöglich ist und auch nicht durch Arbeitsstreckung möglich gemacht werden kann. Sie besteht fern: er nicht, wenn die Arbeitnehmer nur zur vorübergehenden Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck eingestellt waren. Welche Arbeitnehmer hiernach wieder eingestellt zu werden brauchen, ist im Benehmen der gesetzlichen Arbeitnehmervertretung oder, wenn eine solche nicht besteht, mit der Mehrzahl der Angestellten zu bestimmen. — Der Anspruch auf Wiedereinstellung oder auf Fortsetzung eines bestehenden oder Erneuerung eines beendeten Dienstverhältnisses erlischt, wenn der Arbeitnehmer nicht binnen drei Wochen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses anruft, es sei denn, daß er daran durch Verhältnisse verhindert worden ist, die außerhalb seines Willens liegen; in diesem Fall muß er aber das Versäumte binnen zwei Wochen seit dem Wegfall der Verhinderung und binnen drei Monaten seit Beginn der Frist nachholen. — Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn die Arbeitnehmer sich nicht binnen zwei Wochen melden; für aus Kriegsgefangenschaft oder Zivilinternierung Heimkehrende kommen dafür sechs Wochen in Frage. Die Frist beginnt mit der Entlassung bzw. mit der Erlangung der freien Ortswahl. — Die Wiedereinstellungspflicht besteht nicht, wenn die Arbeitnehmer einen wichtigen Grund zur Kündigung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist gegeben haben und deswegen entlassen worden sind oder der wichtige Grund erst nach dem Betrieb zur Kenntnis des Arbeitgebers gekommen ist. Die Wiedereinstellungspflicht besteht auch nicht, wenn in der Person der Arbeitnehmer ein wichtiger Grund vorliegt, der zur kündigungswirksamen Entlassung berechtigt.

### Monatliche Arbeitslorenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Die Januarzählung ergab 151 738 männliche und 287 723 weibliche, zusammen 439 461 Mitglieder. Ende Dezember 1919 betrug die Mitgliederzahl des Verbandes 420 124, mithin ist im Januar eine Zunahme von 19 337 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Zählung umfaßt 95,8 Proz. der Mitglieder, im Vormonat 89,1 Proz. 64 Filialen mit 18 504 Mitgliedern haben nicht berichtet. Als arbeitslos sind am Januarstichtag 26 894 = 6,4 Prozent der Mitglieder gemeldet worden; davon sind 8062 = 5,5 Proz. männliche und 18 832 = 6,8 Proz. weibliche Mitglieder. Im Dezember v. J. betrug die Arbeitslosigkeit insgesamt, sowie bei männlichen und weiblichen Mitgliedern 6,4 Prozent. Bei den männlichen Mitgliedern ist die Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen, dagegen hat sie bei den weiblichen Mitgliedern etwas zugenommen, so daß gegenüber dem Vormonat eine Veränderung nicht eingetreten ist. — Im Januar 1919 zählte der Verband 51 148 männliche und 127 455 weibliche, zusammen 178 603 Mitglieder. Im gleichen Monat des Vorjahres ergab die Arbeitslorenzählung 10,1 Proz. männliche und 10,8 Prozent weibliche, zusammen 10,6 Proz. arbeitslose Mitglieder.

## Berichte aus Fachkreisen.

**Einbed.** Am 13. Februar fand hier im „Atheinischen Hof“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Zunächst wurde über eine Lohnkonferenz in Göttingen Bericht erstattet. Es ist dort von unseren Vertretern ein Lohnstarif auf sechs Wochen abgeschlossen worden. Von den Arbeitern einer Firma wurde befürchtet, daß der Vertrag von dieser nicht gehalten werden würde. Wir halten diese Befürchtung für unbegründet, zeigt sie sich aber als das Gegenteil, so werden wir Maßnahmen zu treffen wissen, die Firma zur Einhaltung des Starifs zu zwingen. — Kollegin Goppo aus Berlin hielt einen wahrlich bewundernswürdigen Vortrag, in dem sie alle großen Zeitfragen besprach. Reicher Beifall lohnte ihr, besonders dafür, daß sie die weiblichen Mitglieder ermahnte, den Fragen der Zeit mehr Interesse entgegenzubringen. — Es fand dann noch eine Wahl zur Bezirksuntergruppe der Arbeitergemeinschaft statt, die jetzt in Göttingen ein ständiges Bureau unterhält, dem Fabrikant Lotz vorsteht. Dem Kassierer wurde unter Ent-

ziehung der Entschädigung für jede Mark zwei Pfennig Mankogeld bewilligt.

**Gelhardsdorf.** Die Arbeiterschaft des Betriebes der Firma Gustav Winkler, hier, klagt, daß sie oft mit der Auszahlung des ihr zustehenden Lohnes hingenommen wird und geduldet dagegen in nächster Zeit energisch Front zu machen. Sie beklagt auch, daß der Direktor König seiner Angabe nach so wenig Macht hat und gönnt diesem „König“ mehr Machtvollkommenheit. Sollte es zu ernstlichen Maßnahmen der Arbeiter kommen, ist anzunehmen, daß Herr König sich ihnen anschließen wird. Oder nicht? Wie gering die „königliche“ Macht ist, zeigt der Umstand, daß König nicht einmal bei Berechnung der Bezahlung von Ausfallstunden selbständig entscheiden kann, wofür die höchste Instanz der Oberdirektor Tobias ist. Dieser gebraucht aber seine Macht so zögernd, daß Lohnstreiksachen bei ihm wochenlang anstehen, ehe sie zur Entscheidung kommen. Mit diesen beiden Direktoren kann man wirklich Mitleid empfinden. Vielleicht bilden sie beide einen Verdien der Rechtlosen und suchen sich durch ihn mehr Recht zu verschaffen. Wir Arbeiter werden freilich darauf nicht warten, sondern uns unser Recht durch unseren Verband erkämpfen. Vielleicht werden uns die beiden Herren bald beneiden und ihre wirtschaftliche Stellung mit unserer vertauschen. Wenn dann Arbeiter Direktoren werden müssen, werden sie sich ganz andere Machtbefugnisse zu erringen wissen als die beiden jetzigen Direktoren haben oder sich nur ideen, sie anzuwenden, wenn es sich um die Wahrung von Arbeiterrechten handelt. Ob die Herren auch so zimperlich sind, wenn es sich um ihre eigene Entlohnung handelt?

**M.-Glabbach.** Unseren Textilarbeiter ist auf die bis zum 31. März laufenden Lohnabkommen nach Maßgabe ausführlicher Ausführungsbestimmungen (deren Abdruck hier zuviel Raum in Anspruch nehmen würde) gewährt worden: Auf den Lohn für Januar 1920 20 Proz., für Februar und März 1920 40 Proz. Teuerungszulage, für ihre nicht selbst erwerbstätigen Ehefrauen und für ihre Kinder unter 14 Jahren ohne eigenes Einkommen eine Kopfgelde von je 3 Mk. wöchentlich ab 1. Januar 1920.

**Görlitz.** Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung fand am Sonnabend, den 14. Februar, statt. Der Saal im „Felsenkeller“ war gedrückt voll. Diese Versammlung war dringend verlangt worden, weil bei der Regelung der Teuerungszulagen, die von der Arbeitsgemeinschaft in Breslau für die ganze Provinz Schlesien stattgefunden hat, für Görlitz niedrigere Sätze beschlossene worden waren. Kollege Bezirksleiter Fritsch (Liegitz) erstattete eingehend Bericht über die Verhandlungen. In seinen sachlichen Darlegungen wies der Referent auf die für vor Weihnachten einsetzende fabelhafte Teuerung hin, die zu dem Beschluß der Arbeitsgemeinschaft in Berlin führte, daß die Verteuerung für Brot und Kartoffeln nicht mehr getragen werden kann. Es waren ja nicht allein das Brot und die Kartoffeln, welche so gewaltig im Preise stiegen, sondern alle notwendigen anderen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände folgten nach. Das veranlaßte die Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, einen Antrag auf Erhöhung um 100 Prozent der zurzeit bestehenden Tariflöhne zu stellen. Nach langer Verhandlung sollten für alle männlichen und weiblichen Arbeiter über 20 Jahre 60 Pf. Zuschlag, von 18—20 Jahren 50 Pf., unter 18 Jahren 35 Pf. pro Stunde und ab 1. März bis zum Tarifablauf am 31. März je 10 Pf. pro Stunde Zuschlag gezahlt werden. Leider stimmten die Vertreter der Arbeitgeber aus Görlitz nicht für die getroffenen Abmachungen, sondern verlangten eine besondere Verhandlung. Bei der zweiten Verhandlung erklärten sie sich nur damit einverstanden, daß die Tuchindustrie in Görlitz die ersten Breslauer Abmachungen billige, nicht aber die Inhaber der Strickereien, Knopffabriken usw. So wurden a. B. für weibliche Arbeiterinnen über 18 Jahre nur 40 Pf. pro Stunde als Höchstsatz bewilligt. Die Versammlung erhob gegen diese Zurücksetzung ganz energig Protest. In der anschließenden Debatte kam der Unwille sehr zum Ausdruck, so daß ein Antrag aus der Versammlung kam, daß die Verbandsleitung beauftragt wird, sofort Schritte einzuleiten, diese Zurücksetzung der Görlitzer Textilarbeiterinnen zu beseitigen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. In der langen Debatte kamen noch eine Reihe Wünsche zum Vortrage, z. B. daß auch die Heimarbeitenden (Strickerinnen usw.) diese prozentuale Teuerungszulage bekommen. Bei der Firma Sehm ann u. a. wurde die Teuerungszulage noch nicht gezahlt, weil die Firmen noch nichts Schriftliches von der Arbeitsgemeinschaft in Händen haben. Hier wird die Leitung der Arbeitsgemeinschaft etwas schneller arbeiten müssen. Eine Firma zahlt für ältere Leute etwas weniger. Das ist falsch und unzulässig. Im großen und ganzen wurde anerkannt, daß die Kollegen in der Arbeitsgemeinschaft ihre Schuldigkeit getan haben. Kollege Fritsch wies im Schlußwort noch darauf hin, daß das Betriebsrätegesetz der Arbeiterschaft immerhin wichtige Rechte bringe und machte weiter auf die wichtigen Vorarbeiten der Tarifverneuerung aufmerksam, die riesige Arbeiten erfordere. Hierbei gelte es, einig und geschlossen in der Organisation zusammenzutreten, um die bevorstehende schwerste aller Zeiten erfolgreich zu überleben. In bester Stimmung ging die vom Kollegen P a h e l t geleitete, stark besuchte, vom besten Geiste beseelte Versammlung in später Abendstunde auseinander.

**Görlitz.** Unsere Generalversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit Wahlen, vor allen Dingen mit der Wahl eines Geschäftsführers. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 75 Proz. auf Kollegen Matthes. Er ist dadurch mit übergroßer Mehrheit gewählt. Anschließend daran wurden die Vorstandswahlen vollzogen. Zum Schluß endlich wurde noch eine 25gliedrige Tarifkommission gewählt, welche die notwendigen Vorarbeiten für die kommenden Tarifabschlüsse vornehmen soll. Unter Verschiedenes kam Kollege Baumgart auf die textliche Ausgestaltung unseres Fachblattes zu sprechen. Redner beurteilte ganz besonders unter Zustimmung der Versammlung die gebührende Schreibweise gegen den Kollegen Krähig in einer ganzen Serie handwurmähnlicher Artikel. Einstimmig nahm man folgende Resolution an:

„Die heute (am 18. Februar 1920) in Görlitz im „Felsenkeller“ stattfindende, außerordentlich stark besuchte Generalversammlung der Filiale Görlitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes verurteilt mit aller Entschiedenheit, daß der kostbare Raum unseres Fachblattes seit Wochen mit langen geschäftigen Artikeln gegen den Kollegen Krähig verschwendet wird, der sich in größter Aufopferung seit Jahrzehnten um die Sache der Textilarbeiter verdient gemacht hat. Zu verurteilen ist weiter, daß in einzelnen Artikeln immer wieder einer bestimmten politischen Richtung das Wort geredet wird. Der leidige Brudersreit, der im politischen Leben unter der Arbeiterschaft schon genug Unheil angerichtet hat, wird dadurch auch in die Gewerkschaft getragen. Diese aber soll n e u t r a l e r Boden bleiben.“

Die Versammelten sind der Ansicht, daß unser Fachblatt die viel wichtigere Aufgabe hat, die Mitglieder in Berufsfragen zu beraten und zu bilden. Unter vielem anderen ist jetzt das Betriebsrätegesetz ein Gegenstand, mit dem die Mitglieder auf das Eingehendste vertraut gemacht werden müssen. Der Kollegenschaft soll dadurch die Möglichkeit werden, die zahlreichen Vorteile, die das Gesetz bietet, bis zum letzten Rest auszunutzen.

Bei einigem guten Willen findet die Redaktion Stoff zur Genüge, um wertvollere Arbeit zu leisten, als dies in letzter Zeit geschehen ist.“

**Großschönau.** Mitgliederversammlung vom 4. Februar. Der Vorsitzende Kollege Schäfer gab seiner Freude Ausdruck, daß die Versammlung wieder so zahlreich besucht sei und machte dann verschiedene geschäftliche Mitteilungen. Zur Tarifverneuerung bzw. Teuerungszulage beiste Kollege Sch a u f u h mit, daß sie für unseren Tarif 55, 50 und 35 Pf. betrage, für Berufsfremde dagegen 65, 60 und 45 Pf. Die Teuerungszulage sei nicht in den Akkord- oder sonstigen Lohnsatz einzurechnen, sondern für sie gelten die im Betrieb geltenden Arbeitsstunden und sie sei extra zu verrechnen. Der Geschäftsführer machte hinsichtlich der neuen Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge sehr beachtenswerte Mitteilungen. Wenn

sie zur Anwendung kommt, stellt dies eine Verschlechterung dar. Hier müßte eine andere Unterstütuungsart Platz greifen, und zwar so, daß für die Aussetzung der vollen Unterstütuungszeit in Anrechnung gebracht werde. Der Gewerkschaftsrat habe wegen der Unzulänglichkeit der Unterstütuungsätze schon Schritte bei der Reichsregierung unternommen. Redner wurde beauftragt, an zukünftiger Stelle vorstellig zu werden. Schärfer wendet sich Kollege Sch a u f u h gegen die Maßnahmen der Gemeinde Hainewalde. Unter „Allgemeines“ kamen verschiedene Betriebsangelegenheiten zur Sprache.

**Gummersbach** (Bez. Agerthal). Am Sonntag, den 15. Februar, fand im Lokal von Schmidt, Volkmerhausen, unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die einen guten Verlauf aufzuweisen hatte. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht von der Konferenz in Düsseldorf, nahm Kollege P a n n h u s das Wort. In zirka einstündigen Ausführungen wies der Referent die Notwendigkeit der vom Beirat sowie von der Konferenz gefaßten Beschlüsse über die Beitragserhöhung nach. Eine Resolution im Sinne der getroffenen Lösung der Beitragserfrage wurde einstimmig angenommen. Dann wurden Delegierte zur Konferenz ernannt. Das Betriebsrätegesetz, mit dem die Versammlung sich ausgiebig befaßte, wurde von dem Geschäftsführer behandelt. Ueber dessen Einzelheiten sollen in demnächst stattfindenden Kurzausgaben noch ausgiebige Vorträge gehalten werden. Einen weiteren Lieberblick über den Mitgliederstand und die in Angriff genommenen Lehnerarbeiten bildeten den weiteren Verlauf der wichtigen Versammlung. Die Gesichter der alten Kollegen erhellten sich ganz besonders, als sie die Entwicklung unserer Organisation vernahmen. Waren es vor dem Kriege nur einige im hiesigen Bezirk, die den Wert des Zusammenflusses erfaßt hatten, so kann man nun um so stolzer auf den Erfolg sein.

**Güdeswagen.** Am 7. Februar fand im Lokal von Tolheim eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Kartellsekretär F u n t e aus Lempe referierte über das Betriebsrätegesetz, wie es nach der Regierungsvorlage gestaltet worden ist sowie über die kommenden Betriebsratswahlen. Er besprach die einzelnen Paragraphen des Gesetzes und machte auf die Verschärfungen und Verbesserungen deselben aufmerksam. Er schloß den einstündigen lehrreichen Vortrag mit dem Appell an die Arbeiterschaft, stets auf der Hut zu sein. Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Vereinigung mit der Filiale Zinsdorf. In der letzten Zeit war der Plan aufgelaucht, die Zweigfilialen Lempe, Wermelskirchen, Lurscheid sowie die Filiale Güdeswagen mit Mondorf zu vereinigen. Zu diesem Behufe hat eine Vorbesprechung in Lempe stattgefunden. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Versammlung war der Ansicht, daß eine Vereinigung der Filialen Lempe, Wermelskirchen, Lurscheid, Zinsdorf sowie Güdeswagen auf keine Schwierigkeiten stoßen würde. Ein anwesender Vertreter der Lemperer Filiale äußerte sich in demselben Sinne. Es wurde beschlossen, daß diesbezüglich in nächster Zeit eine Besprechung genannter Filialen stattfinden soll. — Der Kassierer Paul G e h e r gab den Kasienbericht vom 4. Quartal. Der Vorsitzende Ernst S c h w a b e brachte die geplante Erhöhung des Wochenbeitrages zur Kenntnis. Demnach sollen künftig vom 1. Februar folgende Sätze gelten: 1. männliche Arbeiter 2.— Mk. pro Woche, 2. weibliche Mitglieder 1,50 Mk. pro Woche, 3. jugendliche Mitglieder (bis 17 Jahre) 1.— Mk. pro Woche. Die Erhöhung ist notwendig geworden durch vermehrte Unkosten, einschließlich der verbesserten Unterstütuungen. — Sodann fand die Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz in Düsseldorf statt. Unter „Beschiedenes“ brachten noch einige Kollegen allerdings Verwerden über Tarifverletzungen vor. Des weiteren wurde ein Antrag auf Abschaffung der lokalen Krankenkassenversicherung runderweg abgelehnt. Nach einer Ermahnung, die Versammlungen besser zu besuchen, treu zur Organisation zu stehen, den letzten Textilarbeiter von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen und ihn ihr zuzuführen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Zahnsdorf-Neufkirchen.** Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht vom 4. Quartal 1919 und Jahresbericht. Neuwahl des Gesamtverbandes. 3. Gewerkschaftliches. Geschäftsführer G. L ä m m e l zeigte, daß einer Einnahme von 35 748,03 Mk. eine Ausgabe von 22 484,86 Mk. gegenübersteht, so daß ein Kasienbestand von 13 263,17 Mark zu verzeichnen ist. Im Berichtsjahr wurden abgeschlossen: 29 öffentliche, 28 Mitglieder, 33 Fabrik, 16 Branchen, 6 Vertrauensmänner, 8 Arbeiterausschüß, 13 Lohn- und Tarifkommissions-, 8 Ortsverwaltungs- und 72 sonstige Versammlungen. Ein recht erfreulicher Aufstieg der Mitgliederzahl ist im Jahre 1919 zu verzeichnen. Sie bewegte sich von 224 männlichen, 350 weiblichen, zusammen 574, auf 1103 männliche, 1265 weibliche, zusammen 2368 Mitglieder. Bei der Neuwahl des Gesamtverbandes wurden alle vorgeschlagenen Kollegen einstimmig gewählt. Unter Punkt 3, Gewerkschaftliches, wurde allseitig der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß der zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen aufgestellte Lohnsatz von 3,25 Mk. pro Stunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu niedrig sei, und der Tarifkommission aufgegeben, 3,50 Mk. zu fordern. Der Geschäftsführer G. L ä m m e l appellierte wiederum an die Arbeiterschaft von Zahnsdorf-Neufkirchen, sich geschlossen hinter die Arbeiterausschüße zu stellen und so auch fernerhin dem Unternehmertum zu zeigen, daß wir jederzeit kampfbereit sind, wie wir es im verfloßenen Jahre waren, wo die gesamte Arbeiterschaft von Zahnsdorf den Unternehmern geschlossen gegenüberstand und unser Sieg schon nach zwei Tagen Streit zu verzeichnen war.

**Jordansmühl** (Bezirk Breslau). Mit beängstigenden Gesühlen sah die Betriebsleitung der Firma Meyne (Kunzschmied) einer Versammlung entgegen, welche vom Deutschen Textilarbeiterverband am 7. Februar in das Lokal des Herrn Grammel einberufen war. Geschäftsführer G ü t t l e r aus Breslau war erschienen und legte den Anwesenden den Zweck und die Ziele des Deutschen Textilarbeiterverbandes auseinander. Die Anwesenden folgten mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten und bezeugten ihr Einverständnis, indem alle Beschäftigten, 88 an der Zahl, dem Verbands als Mitglieder beizutreten. Da diese Versammlung zugleich als Gründungsversammlung für die Zweigstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes der Bezirksfiliale Breslau zu beschreiben war, wurde auch gleich die Wahl von drei Ortsvertrauensleuten vorgenommen. Die Einfassung der Beiträge sowie die Ausgabe der Fachzeitung erfolgt wie üblich durch den Betriebsleiter, was auch von der anwesenden Betriebsleitung zugestanden wurde. Zweck Festlegung eines Arbeits- und Lohnvertrags soll demnächst durch vorherige Verständigung beider Kontrahenten eine Verhandlung stattfinden. Dadurch wurde die Betriebsleitung von ihrem anfänglichen beängstigenden Gefühl befreit; so sei eine gedeihliche Gemeinamkeitsarbeit möglich. Herr Lohnbuchhalter Gleichsch sprach dies persönlich vor der Versammlung aus und Herr Betriebsleiter Beyer stimmte ihm zu. — Mit einem warmen Appell an die Arbeiterschaft, fest und treu zum Deutschen Textilarbeiterverband zu halten und dessen Ratsschlüsse stets zu beherzigen, wurde die Versammlung mit Begeisterung für die Zukunft geschlossen.

**Kulmbach.** Am 8. Februar hielt die Filiale im „Schiefhaus“ ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Kollege L o f a l k a s s e n b e s t a n d von 3363,15 Mk. verblieben ist. Sodann berichtete er über das verfloßene Geschäftsjahr. Er schilderte die Entwicklung der Filiale aus den kleinsten Anfängen heraus und hob besonders den Anteil der Frauen an der Entwicklung der Filiale sowohl als auch in der gesamten Textilarbeiterbewegung hervor. Er bezeichnete sie als die Pioniere der neuesten Arbeiterbewegung. Die Mitgliederzahl der Filiale Kulmbach betrug im Jahre 1917 im ganzen 19, davon waren 12 Frauen und 7 Männer. Schon am Ende des Jahres 1917 setzte die Tätigkeit der Frauen ein. Man konnte als Erfolg eine Anzahl Aufnahmen für den Verband buchen. Im 2. Quartal 1918 war die Zahl dank der Arbeit der Frauen auf

118 gestiegen. Nach der Revolution war ein rascher Aufstieg in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1918 im ganzen 475. Seit Uebernahme der Filiale durch den Kollegen Jahreis ist dieselbe bis zum Schlusse des Jahres 1919 von 800 auf 1275 gestiegen. Also eine Macht, die die Unternehmer zu fürchten haben. Die Filiale Kilmach hatte an Einnahmen 81.211,60 M., an Ausgaben 27.848,45 M., verbleibt für die Filiale ein Kassenbestand von 3363,15 M. Mit diesem Erfolg können die Kollegen und Kolleginnen wohl zufrieden sein. Der Kollege Popp erlachte die von dem Kollegen Jahreis geleistete Arbeit an und dankte besonders den Frauen für ihre wertvolle Mitarbeit an dem Aufbau des Verbandes. Besonders charf wurde aber von den Kollegen und Kolleginnen das zweiseitige Verhalten des früheren Vorsitzenden Hofmann kritisiert. Hofmann wird vorgeworfen, daß er mit dem Unternehmer der Spinnerei paktiert habe. Dann kam der Kollege Jahreis auf den Abschluß der vom Verband geforderten Teuerungszulage zu sprechen. Von den Kollegen und Kolleginnen wurde dazu bemerkt, daß die Teuerung einen solchen Grad angenommen habe, daß auch jetzt der Lohn noch nicht ausreicht, um eine Familie gewissenhaft zu ernähren. Für sie sei der Lohn immer noch nicht hoch genug. Schließlich wurde noch die Wahl von Delegierten zu einer Konferenz in Stuttgart vorgenommen. Nach Erledigung dieses Punktes war die Tagesordnung erschöpft. Mit dem Appell an die Kollegen und Kolleginnen, wie bisher ihre ganze Kraft für die Entwicklung des Verbandes einzusetzen und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Unorganisierte für den Verband gewonnen werde, schloß Kollege Jahreis die lehrreich und anregend verlaufene Versammlung.

**Wöbau.** Am 6. Februar hielt die Arbeiterkassette der Scheuer- und Deckenweberei der Firma Gebr. Müller, hier, eine Protokollversammlung ab, die von 600 Personen besucht war. Der Gauleiter Kollege J. M. A. H. r., welcher ein Referat über die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter und die Teuerungszulage hielt, besprach, wie in den zurückliegenden Kriegsjahren die Arbeiterkassette vom Unternehmertum abgepeißt worden ist. Ferner führte er Beispiele von der Entwertung unseres Geldes an. Der ihm geforderte reiche Beifall zeigte, mit welchem Interesse die Anwesenden seinen Worten gefolgt waren. Es fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute im „Lamm“ tagende Textilarbeiterversammlung protestiert gegen das Verhalten der Unternehmer der Gruppe Schütz- walde, welche ihrer Arbeiterkassette die allgemein anerkannte Teuerungszulage nicht bewilligen wollen. Daraufhin fordert die gesamte Arbeiterkassette dieser Gruppe einen Teuerungszuschlag von 75 Proz. auf den jetzt abgeschlossenen Tarif. Bei Ablehnung ihrer Forderung ist sie gewillt, sich deren Bewilligung durch Kampf zu erzwingen. Eine Kollegin aus der Klopffabrik trat für eine Teuerungszulage auch für diesen Betrieb ein. Die Kollegen Adler und Brauer forderten die Anwesenden auf, treu zur Organisation zu halten und wenn der Ruf zum Kampf ertönt, dann auch auf dem Boden zu sein.

**Marktlisa.** Am 6. Februar hielten wir bei Raupach eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in der Gauleiter Kollege F. R. i. c. h. aus Biegnitz über das Betriebsrätegesetz sprach. Seine ausflüßenden Darlegungen fanden den verdienten Beifall.

**Marktrebmitz.** Die Sätze der Erwerbslosenfürsorge sind für unseren Bezirk mit Wirkung ab 1. Oktober 1919 für vollwertige Arbeiter von 4 M. auf 5 M., die Zuschläge für Frauen von 1,25 M. auf 1,50 M. und für Kinder von 75 Pf. auf 1 M. erhöht worden. Dagegen haben wir natürlich nichts einzuwenden. Es würde uns aber zweckmäßig erscheinen, wenn in unsere Lohnstarifverträge ähnliche Bestimmungen mit aufgenommen würden, wie sie die Tarifverträge der Spiegel- und Tafelglasmacher enthalten, wonach den erwerbslosen Kollegen zu der Erwerbslosenunterstützung seitens der Firma pro Tag 1 M. und für jedes Versorgungsberechtigte Familienmitglied 50 Proz. des für sie von der Erwerbslosenfürsorge festgesetzten Betrages zugezahlt werden muß. Die Durchführung dieser Bewegung muß unseres Erachtens zentral sein, also seitens des Hauptverbandes bewirkt werden. Am Eingieße in dieser Frage herbeizuführen, eruchen wir den Hauptverband, entsprechende Anregungen und Mitteilungen an alle diejenigen Bezirksstellen zu geben, in deren Bereich noch erwerbslose Textilarbeiter in größerer Zahl vorhanden sind. Wir erachten ein solches Vorgehen auch aus dem Grunde für nützlich, weil, wenn die Firmen solche Zuschüsse für die Erwerbslosen zahlen müssen, ist dann die Ein- und Durchführung des Zweistufensystems wohl unterlassen würden, solange noch Erwerbslose für die Ausdehnung der Produktion zur Verfügung stehen. (Der Plan an sich erscheint uns sehr sympathisch, seiner zentralen Durchführung dürften sich aber doch erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. D. Red.)

**Nedarfsum.** Am 25. Januar hielt unsere Filiale ihre erste Generalversammlung ab. Nach Abwicklung der Tagesordnung, die den Jahresbericht, Kassenbericht und Neuwahl der Funktionäre betraf, wurde dem Vorstand und Kassierer die vollste Anerkennung ausgesprochen. Dann folgten die Vorstandswahlen. Dann nahm der Vorsitzende Nagel, Wenzel, das Wort zu folgenden Ausführungen: Ein Jahr schwerer Arbeit liegt hinter uns. Am 3. Oktober 1918 wurde der Verband in Nedarfsum neu ins Leben gerufen. Jeder, der an die Stelle eines Funktionärs gerufen wurde, wußte, wozu schwerer Kampf uns bevorstand. Schwer war das Los der Textilarbeiter in Nedarfsum, da weder Rohstoffe noch Arbeit vorhanden waren, schwer die Aufgabe des Verbandes, das Los der Kollegen zu erleichtern. Doch er fand Mittel dazu. Hier neue Lohnstarife drückten wir hintereinander durch. Wir rufen deshalb unseren Mitgliedern zu: Treu dem Verbande beizustehen und ihn in jedem wirtschaftlichen wie politischen Kampfe zu unterstützen. Dann wird es an weiteren Verbesserungen nicht fehlen. Als zweiter Medner sprach Kollege S. t. r. i. e. r. in demselben Sinne. Seine Rede klang aus in die Worte: Vereint seid ihr alles, einzeln seid ihr nichts. Damit endete die prächtig verlaufene Versammlung.

**Nedartenzlingen.** Am Sonntag, den 8. Februar, wurde durch die hiesige Filiale im „Adler“ in Wittelstadt eine gutbesuchte Monatsversammlung abgehalten. Ein Antrag auf Verästelung der Filialen Wehingen, Niederich, Bremplingen und Nedartenzlingen fand keinen Anklang und wurde mit der Betonung, daß man mit unserer Ortsverwaltung zufrieden sei, einstimmig abgelehnt. Ueber die Frage der Einführung der Affordarbeit kam man noch zu keinem Beschluß, weshalb ihre endgültige Lösung zurückgestellt werden mußte. Dem noch spät zum Wort gekommenen Kollegen B. u. r. g. e. r. aus Wehingen, welcher in halbständigen Ausführungen über seine Erlebnisse als Textilarbeiter in verschiedenen Nachbarländern erzählte, wurde großer Beifall gezollt. Zum Schluß ermahnte der Vorstand, hauptsächlich die Kolleginnen, in Zukunft ihre Wünsche in Versammlungen mehr zum Ausdruck zu bringen.

**Neugersdorf.** (Bericht von der Versammlung der Arbeiterausschüsse am 7. Februar 1920.) Eine gut besuchte Versammlung der Arbeiterausschüsse in der Textilindustrie fand am Sonnabend, den 7. Februar, in „Stadt Zittau“ in Neugersdorf statt. Geschäftsführer Kollege R. i. c. h. t. e. r. schilderte die Verhandlungen um den Manteltarif und wie die Unternehmer sich abmühen, durch allerlei Kniffe ja zu keinem Resultat zu gelangen. Die Durchschnittsrechnungen sollen vierteljährig werden, was ohne Zweifel zu großem Nachteil für die Arbeiter führen würde. Auch die Frage der Anrechnung von Arbeitern fand auf Seiten der Arbeitnehmer kein Verständnis, weil auf der anderen Seite Kräfte am Spiel sind, die darauf abzielen, sich nur Vorteile zu sichern. Die Verhandlungen sind wieder auf einen späteren Termin vertagt worden. Auch eine Tagung in Chemnitz am 23. und 24. Januar mit dem Arbeit-

geber von uns geforderte Teuerungszuschlag von 75 Proz. auf die jetzt bestehenden Tarife nicht durchgedrückt werden konnte, so haben wir doch nach langwierigen Verhandlungen eine Einigung nach den befanntgewordenen Säben erzielt. — Ueber die Weiratsitzungen vom 25. und 26. Januar in Leipzig gab Kollege R. i. c. h. t. e. r. ebenfalls eingehend Bericht. (Wir haben darüber schon teilweise mehrfach berichtet. D. Red.) — In der darauffolgenden Aussprache, von der die Kollegen ausgiebig Gebrauch machten, wurden verschiedene Mängel gerügt und Abhilfe verlangt. Vor allem kam der Drang nach baldigem Abschluß des Manteltarifs zum Ausdruck. Wenn nicht auf der anderen Seite ein Entgegenkommen gezeigt wird, will die Arbeiterkassette selbst Schritte unternehmen, um zu ihrem Recht zu gelangen. Kollege Richter versprach, die geäußerten Wünsche berücksichtigen zu wollen. — Zu Punkt 2, Betriebsrätegesetz, erhielt Kollege J. u. n. g. das Wort. Das Betriebsrätegesetz sei in seiner heutigen Fassung ein Monstrum, das die Kritik der Arbeiterkassette berechtigterweise herausfordere. Unter einer arbeitgeberfeindlichen Regierung könnten sich die Arbeiter die Kapitalisten aus ihm Nutzen ziehen, bei richtiger Anwendung können freilich die Arbeiter den Herrn-im-Haus-Standpunkt ernstlich freitrag machen. Suchen wir in gemeinsamem Aufstiege die sonnigen Höhen des Sozialismus zu erklimmen! (Beifall.) — Leider wurde die Vermählung dadurch beeinträchtigt, daß infolge der vorgeordneten Zeit ein großer Teil der Kollegen und Kolleginnen trotz Drängens der Ebersbacher Kollegen, doch einmal auszuharren, den Saal verließ, so daß selbst dringende Sachen nicht mehr verhandelt werden konnten. Wärdte doch der Egoismus mehr und mehr dem Idealismus weichen!

**Neugersdorf.** Sonnabend, den 7. Februar, fand hier in „Stadt Zittau“ eine Versammlung der gesamten Arbeiterausschüsse der Ortsverwaltung Neugersdorf des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Hierzu hatten sich 163 Ausschüßmitglieder eingefunden, um Berichte über die Verhandlungen über den Manteltarif, die Teuerungszulagen, über die Weiratsitzung und über das Betriebsrätegesetz entgegenzunehmen und sodann die Wahlen zu dem vom Textilarbeiterverband geplanten Betriebsrätekonferenz vorzunehmen. Geschäftsführer Kollege Heinrich Richter gab Bericht über den Manteltarif, die Teuerungszulagen und die Weiratsitzung. In längerer Ausführungen behandelte Kollege Richter zunächst die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über den Manteltarif. Das Ergebnis sei: Vertagung der Verhandlungen auf 14 Tage. Medner streifte die Verhandlungen über das Mehrstufensystem. Trotz der vielen noch vorhandenen Arbeitslosen möchten die Unternehmer es gar zu gern schon jetzt wieder einführen. Die Arbeiter sollen sich der Einführung des Mehrstufensystems bis auf weiteres noch widersetzen. Zu den Teuerungszulagen übergehend, gibt Medner bekannt, daß von unseren Vertretern 75 Proz. gefordert worden seien. Das Ergebnis der Verhandlungen für die Ortskassette ist: Für über 20 Jahre alte Arbeiter 55 Pf., für über 20 Jahre alte Arbeiterinnen 50 Pf. und für unter 20 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen 35 Pf. pro Stunde. Hierauf folgte der Bericht von der Weiratsitzung in Leipzig. Einleitend gibt Medner ein Bild von der Zusammensetzung und den Aufgaben des Beirates und erläuterte sodann die von diesem gefassten Beschlüsse. Erwähnt sei zunächst die Einführung einer besonderen Versicherung der Unterkassierer vom 1. April an. Weiter sei das Betriebsrätegesetz behandelt worden. Der bedeutendste Punkt der Weiratsitzung war die Verhandlung über die Beitragsleistung. Von den in Plauen gefassten Grundsätzen, ein jedes Mitglied solle als wöchentlichen Beitrag einen Stundenlohn zahlen, ausgehend, waren durch die Erhöhung der Löhne die ebenfalls in Plauen festgesetzten wöchentlichen Beiträge als überhöht zu betrachten. Der Beirat hat deshalb die Beiträge vom 1. April, wie in Nr. 7 angeführt, festgesetzt. An der hieran sich anschließenden Debatte beteiligten sich die Kollegen Abersbach, Zimmer, Schneider, Hübner, Seibel, Böhm und Kunze. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Richter, in welchem er auf die in der Debatte gemachten Einwendungen einging und dieselben richtig stellte, erhielt der zufällig anwesende Genosse Hermann K. a. s. i. g. das Wort. In längerer Ausführungen ging er auf die Angriffe des „Textilarbeiter“ auf seine Person ein, behandelte seine Abwimmelung vom Textilarbeiterverband und ging schließlich auf seine Tätigkeit im allgemeinen ein. Er sei bei seiner Tätigkeit immer bestrebt gewesen, zum Nutzen und zum Wohle der Arbeiterkassette zu handeln. Hierauf behandelte Kollege Paul J. u. n. g. in 14minütigem Vortrag das neue Betriebsrätegesetz. Hierauf folgten die Wahlen zum Kongreß in Leipzig. Kollege Hübner-Waldorf schlug eine Resolution vor, durch die ganz entschieden gegen die den Filialen zugewandte Bezahlung der Delegiertenkosten zum Betriebsrätekonferenz protestiert wurde. Nach längerer Debatte wurde die Resolution aber abgelehnt.

**Nürtingen.** Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung in der „Traube“ statt. Hilfskassierer Bürger war zu ihr erschienen. Den Tätigkeits- und Kassenbericht gab Kollege H. a. u. s. m. a. n. n. In ausführlicher Rede schilderte er das Exportortommen der Jobststelle im verfloßenen Jahre. Die Mitgliederzahl ist von 35 auf 725 gestiegen. Die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, zeigen, daß nur durch Zusammenbruch etwas erreicht werden kann. Aus der Vorstandswahl gingen Gauhmann, Marie Hofmann, Marg. Heunisch hervor. Den Unterkassierern wurden für ihre Mühe 5 Pf. pro Marke bewilligt. Dasselbe gilt auch für die Ortskassierer. Der Lokalausschlag wurde von 10 auf 20 Pf. erhöht. Hilfskassierer Bürger schloß die Versammlung um 9 Uhr und forderte alle Anwesenden auf, auch künftig fest zusammenzukommen im Kampf gegen den Kapitalismus und ihr ganzes Wissen und Können für den Aufschwung des Verbandes einzusetzen.

**Obligs.** Am 15. Februar fand im Lokal Hofmann, Leichlingen, unsere Quartalsgeneralversammlung statt, welche am Anfang hätte besser besucht sein können. Gerade die Belegschaft der Firma W. e. d. e. l. N. a. c. h., Obligs, hätte alle Ursache, sich an den Versammlungen besser zu beteiligen. Die Kollegen und Kolleginnen glauben, wenn sie wöchentlich ihren Beitrag bezahlen und dafür öfter fragen: Wann gibt es mehr Lohn? wäre ihre Pflicht erfüllt. Hoffentlich werden sie in der nächsten Versammlung vollzählig erscheinen. — Kollege Wilhelm I. s. e. r. erläuterte in leicht verständlicher Weise den Jahresbericht. Die Einnahmen betragen 10.184 M., die Ausgaben 8669 M., so daß am Jahreschlusse ein Kassenbestand von 1515 M. verblieb. Nach dem Bericht der Gauleitung erfolgten die Neuwahlen zum Vorstand und der Revisoren. Es wurde beschlossen, den Unterkassierern 8 Pf. pro Marke zu zahlen. Ein Antrag, dem Jugendheim 60 M. zu Unterkassierungszwecken beizusteuern, wurde angenommen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten ging man zum gemütlichen Teil über.

**Ortrand.** Bericht über Lohnverhandlung. Die Arbeiterkassette der Firma Spinnerei Löbnitz, Abteilung Ortrand, reichte am 14. Januar den von der Gauleitung übersandten Lohnstarif für Weirereien und Abfallspinnereien für Ortrand ein. Der Betriebsleiter erklärte wegen angeblicher Betriebsstörung vor der Hand auf denselben nicht eingehen zu können. Nach 14tägigem Warten wurde der Arbeiterausschüß nochmals vorstellig, aber mit demselben Erfolg. Daraufhin wurde am 30. Januar eine sehr gut besuchte Versammlung abgehalten, in welcher Kollege Max Laubich von der Gauleitung Dresden die Notwendigkeit der sofortigen Anerkennung des eingereichten Lohnstarifs nebst Teuerungszulage klarlegte. Die für den andern Tag angedachte Verhandlung des Kollegen Laubich mit der Firma konnte nicht stattfinden, da der Betriebsleiter erklärte, den Tarif ins Hauptkontor nach Dresden gesandt zu haben und von dort Bescheid erwarten. Es wurde ihm erklärt, daß die Gauleitung binnen 48 Stunden Bescheid und unter keinen Umständen eine abschlägige Antwort erwarten. Dienstag, den 8. Februar, ließ der Betriebsleiter den Arbeiter-

ausschüß ins Kontor rufen und erklärte ihm, den tariflichen Stundenlohn nur mit 20 Proz. Abzug anerkennen. Nach Rücksprache des Ausschüßes mit der Arbeiterkassette und längerer, sehr erregter Verhandlung mit dem Betriebsleiter einigte man sich auf 10 Proz. Abzug. Es kommen Stundenlöhne einschließlich Teuerungszulage erstmalig am 6. März zur Auszahlung für: Handwerker 2,70 M., Auspußer 2,35 M., Presser 2,30 M., Woller 2,20 M., Wollerinnen 1,60 M., Krempferinnen 1,80 M., Weirerinnen 1,95 M., Spinnereinen 1,70 M., Spulereinen 1,60 M., Wollabträgerinnen 1,65 M., Drousetten 1,65 M., Hofarbeiter 2,35 M., Ballenarbeiterinnen 1,50 M., Wochenlöhne für: Vorarbeiter 120 M., Geiger 120 M., Kuischer 90 M., Nachtmächter 80 M.

Die in der Chemnitzer Weirerei Eugen Jetter an demselben Tage mit Kollegen Laubich gepflogene Verhandlung hatte keinen großen Erfolg, da der Betriebsleiter erklärte, seinen Arbeitern am 30. Januar den Lohn für männliche Arbeiter auf 1,50 M. und für weibliche auf 1,30 M. erhöht zu haben und nun nicht in der Lage sei, noch höhere Löhne zu zahlen, da in seinem Betrieb nur Weiden geschäft und der gewonnene Paß gebleicht würde, jedoch sei er bereit, wenn irgend möglich die Teuerungszulage zu bewilligen. — Hiermit nochmals an alle noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen die Mahnung: Schließt Euch der Organisation an!

**Neuhdorf.** Am 8. Februar hielten wir in der „Sonne“ unsere Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Zuerst schilderte Kollege Vorsitzender S. c. h. t. i. e. die im verfloßenen Jahre geleisteten Arbeiten, wobei auch darauf hingewiesen wurde, wie notwendig mir an der Organisation festhalten müssen. Den Kassenbericht erstattete Kollege G. l. a. s. — Die Versammlung wählte einstimmig die alte Vorstandskassette wieder. Nach Besprechung einiger Verbandsangelegenheiten nahm Kollege B. ü. r. g. e. r. Canust das Wort zu einem ausführlichen Referat über die letzten Lohnbewegungen und das Betriebsrätegesetz. Er legte dar, daß die Mitgliederzahl im Gau Stuttgart im letzten Jahre gewaltig gestiegen ist. Unter anderem tabelte er scharf das Fehlen von weiblichen Mitgliedern, denen ja gerade bei den letzten Lohnbewegungen besonders aufgeholfen wurde. — Ueber das Betriebsrätegesetz gab Medner eine ausführliche Darstellung. Mit einem kräftigen Ausruf, treu zur Sache zu stehen — die Zeitverhältnisse begeben den engsten Zusammenbruch —, schloß der Medner seine Ausführungen.

## Bekanntmachungen.

**Vorstand.**  
Sonnabend, den 29. Februar ist der  
9. Wochenbeitrag fällig.

**Monatliche Arbeitslosen-**  
**zählung.**

Sonnabend, der 28. Februar, ist Stichtag für die Februarzählung. Die graue Karte ist einzuliefern. — Der auf den Stichtag angegebene Termin, an dem die Karten spätestens abgehandelt werden sollen, hat keine Geltung. Die Zählkarten sind sofort am Stichtag auszufüllen und einzuliefern. Alle Ortsverwaltungen wollen für pünktliche Berichterstattung sorgen. Der Vorstand.

**Geschäftsführer- und Hilfs-**  
**arbeitergesuche.**

Für die Filiale Meerane unseres Verbandes wird ein zweiter Geschäftsführer, für die Filiale Buchholz-Annaberg ein Hilfsarbeiter zum baldigen Antritt gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen und schriftlichen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufschusses über die Aufgaben eines Geschäftsführers bzw. eines Hilfsarbeiters an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin D. 27, Magazinstraße 6/7, bis zum 13. März d. J. einzuliefern. Zeugnisse u. dgl. sind nur in Abschrift beizulegen. Die Vertragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit und volle Beitragsleistung. Gehalt nach den Beschlüssen der Weiratsitzung vom 25. und 26. Januar 1920. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer des Bescheides bezieht eine vierwöchige Kündigung. Der Vorstand.

**Ortsverwaltungen.**

Görlik. Als Geschäftsführer wurde Kollege Heinrich Matthias, Meine i. W., gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

**Totenliste.**

**Gestorbene Mitglieder.**

Berger-Damm. Elise Aurich, 22 J., Grippe und Lungenentzündung. Fritz Linke, 70 J., Grippe.  
Berlin. Richard Steinmar, Zeichner, 32 J., Lungenentzündung.  
Breslau. Pauline Basler, Spinnereiarbeiterin, 50 J., Magenkrebs.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 28. Februar  
Verlag Carl Döblich in Ballenberga-Alt-Glände. — Verantwortlich für alle  
feilschändigen Artikel Hugo Dreßel in Witten i. B., für alles andere  
Paul Wagner in Berlin. — Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsbankalt  
Carl Döblich u. Co. in Berlin

Görlik. Martha Walter, Spin-  
nerin, 39 J., Lungenentzündung.  
Ernestine Krebs, Spin-  
nerin, 41 J., Anglistenfall.  
Grünberg i. Schl. Willi Weber,  
18 J., Herzschlag, August  
Fuhl, 30 J., Magenkrebs.  
Gummersbach u. Uda. Karl  
Düppe, 43 J., Herzschwäche.  
Hamburg. Friedrich Könnemann,  
Spleißer, 26 J., Grippe.  
Hamburg-Altona. Martha West-  
phal, Arbeiterin, 25 J., Grippe.  
Kottbus. Hermann Hauschke,  
Weber, 57 J., Schlaganfall.  
Langenbielau. Luise Augler,  
Lagerarbeiterin, 68 J., Grippe.  
Marie Heinze, Spinnereiar-  
beiterin, Ullersdorf, 38 J.,  
Lungenentzündung.  
Limbach. Hermann Krauth,  
66 J., Magenleiden. Emil  
Somann, 55 J., Unfall. Eliza-  
beth Schreppel, 22 J., Lungen-  
leiden.  
Neusalz a. D. Anna Sentleben,  
Spinnereiarbeiterin, 19 J.  
Richtersbach i. B. Gustav Spil-  
ner, 58 J., Grippe.  
Rohwein. Emma Schindler,  
Belehrin, 47 J., Schlaganfall.  
Wittgensdorf. Paul Wagner,  
54 J., Unfall.  
Witzkegiersdorf. Paul Sinder-  
mann, Hofarbeiter, 59 J.,  
Leberkrankheit. Ernestine  
Glaser, Spulerein, 62 J.,  
Wassersucht. Adolf Köffel,  
Fabrikfischer, 53 J., Gehirn-  
thubus.  
Zwickau. Elisabeth Emmerlich,  
Gärtnerin, 25 J., Grippe.  
Ehre ihrem Andenken!

## Zusammenkünfte.

**Mitglieder-Versammlungen.**  
Berlin. (Sticker.) Vertrauens-  
leute: Freitag, 27. Februar,  
1/6 Uhr, Wallstr. 32.  
Berlin. (Sticker.) Freitag,  
5. März, abends 6 Uhr, bei  
Elsie, Wallstraße 32: Ver-  
trauensleute.  
Berlin. (Defauteure, Presser,  
Seidenbandpresser.) Sonn-  
abend, 6. März, bei A. Schulz,  
Stallschreiberstr. 39.  
Burgstädt. Sonntag, 7. März,  
in der „Flotte“.  
Frankenberg. Sonnabend, den  
6. März, abends 8 1/2 Uhr, im  
„Tunnel“.  
Kulba. Sonnabend, 6. März,  
in der „Victoria“, Kanal-  
straße 68.  
Kusel. Sonntag, 7. März.  
Leobschütz. Sonnabend, 6. März,  
im Vereinslokal.  
München. Sonntag, 7. März,  
abends 9 Uhr, in der „Schützen-  
lust“.  
Ohrig. Dienstag, 9. März, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, in Böhmcs  
Restaurant.  
Rohwein. Sonnabend, 6. März,  
in Behrs Restaurant, Schützen-  
straße.